

Erster Angriff der Piraten

STADT BERN Erstmals treten dieses Jahr die Piratenpartei und die Alternative Linke zu den Stadtratswahlen an. Bei den Piraten stellen sich fünf Männer, bei den Alternativen Linken sechs Frauen und sechs Männer zur Wahl. Ihr Ziel: je zwei Sitze im Parlament.

Die einen positionieren sich am linken Rand des Parteienspektrums, die anderen wollen sich nicht so recht ins Links-rechts-Schema einordnen lassen. Erstmals treten in diesem Jahr die Alternative Linke Bern und die Piratenpartei zu den Stadtratswahlen an. Ihr Ziel: je einen oder wenn möglich zwei Sitze im Stadtparlament zu erobern. Sechs Frauen und sechs Männer kandidieren unter dem Banner der Alternativen Linken, auf dem Piratenschiff segeln fünf Männer. «Es ist leider schwierig, Frauen zu finden, die aktiv politisieren wollen», sagt Manfred Pürro, Präsident der Stadtberner Piraten, die Anfang Oktober gegründet wurden.

Die Piraten haben sich dazu entschieden, ohne Listenverbindung anzutreten – bei den Nationalratswahlen habe ihnen dies eher geschadet. Wo sie bei einer allfälligen Wahl in den Stadtrat Fraktionsanschluss suchen würden, ist offen. Die beiden Hauptkandidaten Manfred Pürro und Pascal Fouquet stehen im politischen Spektrum zwar eher links. Es gibt in der Piratenpartei aber auch Mitglieder, die der SVP nahestehen. Das führe oft zu Diskussionen, sagt Pürro. «Aber unser Credo ist, auf Sachebene zu argumentieren. Deshalb finden wir uns immer wieder.»

Piraten fordern Freiheit

Der grosse gemeinsame Nenner der Piraten ist die gesellschaftliche Liberalität – die Freiheit des Einzelnen. Jeder soll Zugang zu Verwaltungsdaten haben. «Unsere Hauptanliegen sind eher nationaler und internationaler Natur», räumt Pürro ein. «Doch auch in der Stadt Bern könnte man diesbezüglich sicher einiges verbessern.» Die Umsetzung des Nachtlebenkonzepts ist ein lokales Thema, das den Piraten am Herzen liegt.

Auch in Bern sind die Kandidaten der Piratenpartei vor allem Informatiker. Das Durchschnittsalter liegt bei 30. Die Piraten hätten einen «wissenschaftlichen Zugang» zu Themen. «Wir orientieren uns eher an Studien und sachlichen Argumenten als an Ideologien», sagt Pürro. Dabei sollen auch unkonventionelle Sichtweisen Platz haben. «Es ist zum Beispiel erwiesen, dass Repression nicht hilft, das Drogenproblem zu lösen», so Pürro. Und er ist auch überzeugt, dass Zensur von Kinderpornografie im Internet das Übel nicht bekämpft. «Anstatt Seiten zu sperren, sollte man die Urheber verfolgen.» Zensur könne das Problem sogar verschärfen, da so die Nachfrage nach neuem Material steige.

Am linken Rand

Mit unkonventionellen Themen wollen auch die Alternativen Linken Wähler und Wählerinnen gewinnen. «Wir wollen links von SP und RGM Ideen pushen, die heute noch nicht mehrheitsfähig sind», sagt Markus Flück, der für den Stadtrat kandidiert. So

fordert die Partei etwa die Einführung einer 1000-Watt-Gesellschaft – 2000 Watt seien «ein Zwischenschritt». Die Kandidierenden der Alternativen Linken sind bei verschiedenen Organisationen aktiv, etwa bei «AKWade», bei der Gruppe für Wachstumsverweigerung Décroissance, bei der globalisierungskritischen Gruppe Attac oder bei der Reitschule. Die Alternativen Linke wurde schweizweit 2009 gegründet. Die Partei will lokale Ökonomien stärken. «Landwirtschaft muss auch ein Stadtthema werden», sagt Flück. In öffentlichen Parks der Stadt könnte zum Beispiel Gemüse angebaut wer-



Markus Flück ist Stadtratskandidat der Alternativen Linken. *zvg*

den, das dann von allen geerntet werden darf. Bei der Kinderbetreuung schwebt den Alternativen Linken vor, dass Nachbarschaftsprojekte ebenfalls durch die öffentliche Hand unterstützt werden sollten als Ergänzung zu Kita-Plätzen.

Am linken Rand des Parteienspektrums politisieren bisher die Grüne Partei Bern (GPB) und die Partei der Arbeit. Mit diesen Parteien ist die Alternative Linke eine Listenverbindung eingegangen, und mit ihnen würden allfällige Stadtratsmitglieder auch eine Fraktion gründen. Dass sie ihren Listenpartnern die Wähler abwerben, glaubt Flück nicht. «Wir wollen einander stärken. Gerade in der GPB sind vor allem ältere Leute aktiv. Wir aber sind mehrheitlich 25- bis 35-jährig und sprechen somit auch ein jüngeres Wählersegment an.»

Sandra Rutschli

